nur sehr vereinzelt vertreten ist, die Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege aber in verschiedener Gestalt an den Reichstag herantreten, so könnte man ihm zu der Wahl eines so tüchtigen und erfahrenen praktischen Arztes, wie es Dr. Göz ist, nur gratuliren.

Nun wissen wir, daß man Dr. Göz einen Vorwurf macht, der unter Umständen geeignet sein kann, Den oder Jenen gegen seine Wahl einzunehmen. Man sagt, er habe eine überraschend große Wandelung in seinen politischen Anschauungen gemacht, er sei in dem Zeitraum von 25 Jahren vom erklärten Fortschrittler und Demokraten zum Nationalliberalen bez. Freiconservativen geworden. Nun aus diesem politischen Umwandelungsprocess macht Dr. Göz selbst kein Hehl, er sagt es offen und frei, daß dem so sei, er sagt aber auch, aus welchen Gründen er seine früheren politischen Auffassungen, die ihn weit links stellten, über Bord geworfen hat und jetzt ein begeisterter Anhänger der reichstreuen Ordnungsparteien ist. Die großen, für alle Zeiten denkwürdigen Ereignisse von 1870—71, aus denen das deutsche Kaiserreich wieder erstanden ist, sind es gewesen, die ihn bekehrt haben; er hat nicht mehr grollend bei Seite stehen können, sondern hilft nun wacker an dem inneren Ausbau und der Befestigung des neuen Reiches, er erkennt neidlos die Verdienste eines Bismarck an und wer will deshalb einen Stein auf ihn werfen? Das können nur die thun, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. Der politische Entwicklungsprocess, den Dr. Göz durchgemacht hat, ist doch der Weitem ein viel besserer und rühmlicher, als derjenige verschiedener Größen der Socialdemokratie. Herr Liebknecht hat bekanntlich, ehe er sich zum Führer der Socialisten aufschwang, in der Redaction der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mitgearbeitet und Herr Bebel war vor seiner Metamorphose zum Socialdemokraten ein enragirter Nationalliberaler. Das ist doch auch entschieden und zwar in wirklich schlimmem Sinne des Wortes ein Renegatenthum, welches freilich die Genannten nicht sehr aufzieht. Also mit dem Vorwurf, Dr. Göz sei ein „Renegat", hat es nicht viel auf sich und das Flugblatt, welches seine Gegner noch in letzter Stunde in dieser Bezirkung verbreiten wollen, wird keinen Hund vom Ofen lecken.

Wer ist denn nun aber Herr Louis Viereck, der Candidat der socialdemokratischen Partei im Leipziger Landkreis? Vor uns liegt eine Visitenkarte, welche lautet: „Louis Viereck, Kammergerichts-Referendar a. D., vormals Geschäftsführer der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig." Herr Viereck hat also Jura studirt und ist dann königl. preuß. scher Kammergerichts-Referendar geworden, weiter hat er es aber in seiner juristischen Laufbahn nicht gebracht, im Gegentheil, er hat seinem Vornamen ein „a. D." vorgesetzt, dem „Rocker vom Staat" den Rücken gekehrt und ist dann in den Hafen der Socialdemokratie eingelaufen. Wie schon aus dem Inhalt der obigen Visitenkarte hervorgeht, war er seiner Zeit in Leipzig Geschäftsführer der socialdemokratischen Genossenschaftsbuchdruckerei, die auf Grund des Socialistengesetzes verboten wurde, und er ist alsdann nach München übergesiedelt, wo er wieder eine kleine Buchdruckerei begründete und mehrere socialistische Blätter herausgab. Im Reichstag ist Viereck nur sehr wenig hervorgetreten, er hat weder als Redner, noch als Arbeiter in der Commission eine hervorragende Rolle gespielt; daß seine Betheiligung am Wydener und Kopenhagener Congreß, bez. an einer geheimnißvollen geheimen Verbindung ihn neuerdings in die Strafanstalt in Zwickau geführt hat, wo er mit anderen Gesinnungsgenossen die ihm zuerkannte Gefängnißstrafe verbüßt, ist bekannt. Das ist im großen Ganzen das Bild von der Wirksamkeit und den Verdiensten des im Leipziger Landkreis aufgestellten socialdemokratischen Candidaten! Die ruhig und objectiv denkenden Wähler, gleichviel, welcher Partei sie angehören, mögen danach abwägen, auf welcher Seite, auf derjenigen des Herrn Dr. Göz oder auf der des Herrn Louis Viereck, die größere Würdigkeit und Befähigung zu dem verantwortungsvollen Amte eines Reichstagsabgeordneten vorhanden ist. Wir glauben, daß nach solcher ruhiger und objectiver Erwägung der Entschluß nur darin bestehen kann, den Candidaten der vereinigten reichstreuen Parteien, Herrn Dr. med. Göz, zu wählen.

Die Auflösung der Centrumspartei.

Der Auflösungsprocess der Centrumspartei macht Fortschritte. Nachdem Graf Preysing und Dr. Dieudörfer ihren Wählern erklärt haben, daß sie ein Mandat für den neuen Reichstag nur unter der Bedingung annehmen werden, wenn ihnen in der Septennatsfrage freie Hand gelassen wird, und der Bischof von Limburg seinem Diöcesanklerus die Agitation gegen das Septennat verboten hat, treten jetzt 37 Mitglieder des katholischen rheinischen Adels, an der Spitze Graf Fürstenberg-Stammheim, mit dem Aufruf zur Bildung einer katholisch-conservativen Partei hervor. Die Anfänge einer solchen Parteibildung zeigten sich schon, als Herr v. Schorlemer-Alst-weiler im preußischen Herrenhause den Erlaß einer Adresse an den Kaiser als Zustimmungskundgebung in der Septennatsangelegenheit beantragte und als diese Adresse von 15 weiteren katholischen Herrenhausmitgliedern angenommen wurde. Die Bedeutung dieser Adresse ist um so größer, als der Kaiser bei Ueberreichung derselben eine feierliche Antwort ertheilte, in welcher er dem Schmerz über die Ablehnung des Septennats Worte lieh, und jetzt, wo man eine kaiserliche Botschaft mit Bezug auf die Wahlen erwartete, diese Antwort als ausreichend erklärt wird, weil eine Botschaft nur Das wiederholen könnte, was jene bereits enthielt. Die Bildung der katholisch-conservativen Partei ist gleichsam die Fortsetzung und weitere Entwickelung der Adreßbewegung, und es erscheint deshalb heute um so angebrachter, auf diese Adresse zurückzukommen. In derselben sprach das Herrenhaus seinen Schmerz darüber aus, daß der Kaiser nach einer so gesegneten und glorreichen Regierung die trübe Erfahrung machen mußte, daß die vom Kaiser und den verbündeten Regierungen angesichts der gespannten Lage für nothwendig erachtete Erhöhung der Heerespräsenz nur unter einer unannehmbaren Bedingung vom Reichstage bewilligt wurde. Der Kaiser erwiderte dem Herzog v. Ratibor, dem Führer der Deputation, welche die Adresse überreichte, bekanntlich, daß ihn die Ablehnung des Septennats tief geschmerzt, daß aber das Herrenhaus Balsam in sein Herz gegossen habe. Das Vaterland werde so lange nicht in Gefahr sein, als die Armee in dem Geiste sich erhalte, von dem sie in den letzten Kriegen so große Beweise gegeben habe, dem Geist der Treue und Aufopferung. Die neuen Maßregeln, durch welche die Armee gekräftigt werde, würden dazu dienen, die Kriegsgefahr zu vermindern.

Gleichsam als Widerhall der kaiserlichen Antwort erscheint jetzt der Aufruf des auch im Herrenhause vertretenen katholischen Adels der Rheinprovinz, und im Gegensatz zu der Politik des kleinlichen Nörgelns, welche die Centrumspartei zur Richtschnur gewählt hat, trotz der eindringlichsten Mahnung des Papstes zur Bildung einer katholisch-conservativen Partei aufzufordern, welche fest und treu zum Kaiser hält und eine große nationale Politik verfolgt, statt mit dem demokratischen Herrschaft ein Bündniß zu schließen.

Dieser Aufruf enthält zugleich die Antwort auf die von Windthorst in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses an die conservative Partei gerichtete Aufforderung, mit dem Centrum wieder in das frühere gute Verhältniß zurückzukehren. Windthorst sprach damals von dem Nahrungsjammer, welcher der conservativen Partei aus dem Bündniß mit den Nationalliberalen erwachsen werde, weil diese Partei nicht immer so schüchtern und zurückhaltend bleiben werde, wie sie sich jetzt zeige. Der rheinische katholische Adel, welcher bisher mit dem Centrum die gleichen Ziele verfolgte, sagt sich heute los von Windthorst und seinen Gesinnungsgenossen, weil er nicht nur dem Kaiser Opposition macht, sondern auch dem Papst den Gehorsam aufgekündigt hat. Der katholische Adel des Rheinlandes ist nicht einverstanden mit der Resolution, welche der Parteitag in Köln am 6. Februar auf den Vorschlag Windthorst's angenommen, er betrachtet die Frage, ob das katholische Rheinland für oder gegen das Septennat sich erklären solle, nicht als eine offene, sondern als eine solche, welche durch den kundgegebenen Willen des Kaisers und des Papstes entschieden ist. Die Stimme des katholischen Adels der Rheinlande ist von großem Gewicht bei den Katholiken Deutschlands, er weiß sich eins mit einem großen Theil seiner Standesgenossen in Bayern, in Westfalen, in Hannover und in Elsaß-Lothringen, und seine Beziehungen zu den übrigen Theilen Deutschlands, insbesondere der preußischen Monarchie, sind weit genug verzweigt, um durch den Aufruf auch Widerhall zu wecken in Oberschlesien bis nach Posen hin, wenngleich er natürlich dort an den polnisch-nationalen Bestrebungen seine Grenze finden muß.

Das ist überhaupt das Merkmal der Opposition in der Centrumspartei gegen den päpstlichen Willen, daß sie sich hauptsächlich auf particularistische und antinationale Bestrebungen stützt. Windthorst ist das Haupt der Welfenpartei, und seine treuesten Anhänger sind Frhr. v. Franckenstein, welcher zur Zeit der Krisis in Bayern Partei ergriff gegen das Ministerium Lutz und damit indirect gegen den Prinz-Regenten Luitpold, und die Polen, welche von der Wiederherstellung Polens träumen, wie die elsaß-lothringischen Protestler, welche die Wiedervereinigung mit Frankreich herbeiwünschen. Das sind die Elemente, welche sich unter der Führung Windthorst's gegen Kaiser und Papst zusammenschaaren, und mit dieser Sippschaft ferner im Bunde zu sein, ist der katholische Adel der Rheinlande müde, desjenigen Theiles Deutschlands, in welchem Windthorst den Hauptort der Centrumspartei in ihrer jetzigen parteifeindlichen Gestalt erblickte. Aber der Führer wird bald von einem großen Theile seiner Anhänger verlassen sein; nicht die conservative Partei wird nach dem Wahltage Katzenjammer empfinden, wie Windthorst am 24. Januar sagte, sondern er selbst und der ihm verbliebene Theil seiner Anhänger wird in dieser Lage sein. „Auf der Seite, wo ein Parteiling steht, muß das Recht sein" —, so drückte sich die öffentliche Meinung der katholischen Wähler in Bayern aus, und auch aus den Rheinlanden wird bald der Ruf ertönen: „Wo Graf Fürstenberg-Stammheim und 36 seiner katholischen Standesgenossen stehen, da können auch wir getrost unsern Standort wählen."

Wie jede Schuld sich auf Erden rächt, so ist auch das Centrum endlich von der rächenden Nemesis ereilt worden, die Anzeichen der Auflösung mehren sich, und wenn der Wahltag vorüber ist, dann wird nur noch ein Wrack des einmals so stolzen Schiffes vorhanden sein, das sich anmaßte, die Führung Deutschlands übernehmen zu können. Eine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes ist das Centrum niemals gewesen, unter dieser Bezeichnung fanden sich nur die Reichsfeinde mit den Vertretern der Rechte der Kirche gegen den Staat zusammen. In einer Zeit des Kampfes zwischen beiden Gewalten, hatte diese Vereinigung einen für die Kirche praktischen Zweck, und deshalb hieß Pius IX. das Centrum als Werkzeug zur Ausführung seiner Pläne willkommen. Sein Nachfolger Leo XIII., obwohl ein Mann des Friedens, konnte dieses Werkzeug nicht plötzlich bei Seite werfen, sondern bediente sich seiner, um möglichst günstige Friedensbedingungen zu erzielen, aber er war nicht gewillt, dem Centrum zu Liebe den Kampf zu verewigen und ohne Noth einen feindlichen Gegensatz fortbestehen zu lassen, welcher auf die Dauer das Friedenswerk in Frage stellen mußte. Das Centrum hat seine Bestimmung im Sinne des Papstes jetzt erfüllt und kann vom Schauplatz seiner Thaten abtreten, ob auch die Jesuiten darüber Zeter schreien und Windthorst noch ferner auf dem Schild halten wollen. An der Wiederherstellung Hannovers hat der Papst kein Interesse und um dieser Windthorst'schen Marotte Willen wird Leo XIII. nicht den Kriegszustand gegen das deutsche Reich verewigen.

* * *

* Wir verzeichnen nachstehend die jetzt im Wortlaute vorliegende Erklärung des rheinischen katholischen Adels. Dieselbe lautet:

„An unsere rheinischen Landsleute.

Mit aufrichtiger Anerkennung haben wir bei Beginn des Culturkampfes auf das Centrum geblickt, als es die katholische Fahne aufpflanzte und unentwegt vorantrat.

Mit Schmerz aber müssen wir constatiren, daß die Partei mit der Zeit immer mehr dahin kam, im Bunde mit Welfen und Polen auch undeutschen Zwecken zu dienen.

Besonders seitdem durch die nachherige Entschließung Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs ein Wechsel im Cultusministerium eingetreten und durch das bereitwillige Entgegenkommen Sr. Heiligkeit des Papstes sich eine Verständigung der beiden höchsten Gewalten der Welt, der römisch-katholischen Kirche und des Deutschen Reiches, anbahnte, vermochte die Centrumsleitung dieser Richtung nicht im geheiligten Maße zu folgen, sondern verharrte zu sehr in ihrer früheren Stellung als Oppositionspartei.

Ja, im Momente, als es galt, das Vaterland gegen alle anwerdenden Gefahren wehrhaft zu erhalten, verfolgte das Centrum, statt einer großen nationalen Politik, die Politik kleinlichsten Nörgelns und endigte schließlich im offenen Bündniß mit dem demokratischen Fortschritt. Alles das trotz dringlichster Mahnung Sr. Heiligkeit unseres Kirchenoberhauptes.

Nachdem jedoch auch nach Bekanntmachung der päpstlichen Kundgebung die Kölner Centrumsversammlung den Beschluß gefaßt hat, den bisherigen Vertretern im Reichstage der vollste Zustimmung auch zu der in der letzten Session beobachteten Haltung auszusprechen und alle rheinischen Wähler aufzufordern, mit größter Entschiedenheit für die Wiederwahl der alten, bezw. Neuwahl gleichgesinnter Abgeordneten für das Centrum des Reichstags einzutreten, halten wir, in voller Uebereinstimmung mit dem päpstlichen Scheiben, es für unsere Pflicht, unsere rheinischen Landsleute hierdurch aufzufordern, treu und fest zum Kaiser zu stehen und mit uns zusammenzuwirken für eine katholisch-conservative Partei.

Rheinprovinz, den 7. Februar 1887. Graf v. Fürstenberg-Stammheim. Karl Graf zu Westerholt und Gysenberg. Freiherr v. Schorlemer-Alstweiler. Max Graf Berghe v. Trips. Diederich Frhr. v. Loë-Wissem. Franz Graf v. Spee-Heinsberg. Otto Graf Beissel v. Gymnich. Adolf Frhr. v. Blankart. J. C. v. Heimsoeth. Alexander v. Heiden. Joseph v. Groote-Heminkheim. Adolf Graf Beissel v. Gymnich, Oberstlieutenant a. D. Clemens Frhr. v. Hoiff-Dorsten. August Frhr. v. Hövel. Eduard v. Reichmann. Franz Frhr. v. Bettinghoff-Egell. Egon Reichsfreiherr v. Fürstenberg-Herdringen. Karl Graf zu Eltz. Louis Graf v. Wolff-Metternich-Lüdinghausen. Arnold Frhr. v. Schorlemer-Alstweiler. Rud. v. Groote-Kuckenheim. C. v. Groote. Philipp v. Groote. Frhr. v. Loë von der Brüggen. Franz v. Kempis in Kendenich. J. P. v. Recklinghausen. Rudolf Frhr. de Lassalle v. Louisenthal. Frhr. Joseph Ger v. Schwerdtenburg. Hugo Frhr. v. Welchs-Wittenberg. Fritz v. Jordan-Moersbroich. Frhr. v. Wilmowski-Gurzeich. Ernst Graf v. Merbach. Frhr. Philipp v. Vorrode. Frhr. Karl v. Brachel. Marquis v. Villers. Cl. Frhr. v. Hövel. Max v. Brenning."

Das leitende rheinische Blatt, die „Kölnische Zeitung" begrüßt diese Kundgebung mit folgenden Worten:

War das mannhafte Hervortreten des katholischen Adels nach der politischen Seite Angesichts der Haltung des Centrums gegenüber der Militärvorlage und dem eingegangenen Cartell mit der Demokratie in diesem für unser Vaterland so bedeutungsvollen Augenblicke geboten, so war es nicht minder eine religiöse Pflichterfüllung. Wer in der Lage war, zu übersehen, wie Tag für Tag unter gröblicher Entstellung der Thatsachen dem geringen Manne, dem Handwerker und Kleinbauern das Gift des Hasses gegen die besten katholischen Mitgliedern eingeträufelt wurde, die anderer Meinung waren als der Führer des Centrums, wie selbst von geistlicher Seite die Kundgebungen des Papstes entstellt und verdreht wurden, wie die höchstliche Autorität unter die des kleinsten Zentrumsblättchens herabzerren, der päpstliche Stuhl selber als einflußlos und leidenschaftlich in den allerunchristlichsten Ausdrücken hingestellt wurde — der mußte sich sagen, daß das Centrum auf dem jetzigen Wege nicht nur gefährlich für den Staat, sondern in noch weit höherem Maße verderblich für die Kirche werden mußte. Bei dem durch die bisherige Centrumsleitung eingeübten Terrorismus, der auf Schritt und Tritt Politik und Interessen für Religion und Glauben ausgab, ist eine immer größere Zahl Andersgesinnter und conservativ denkender Katholiken nicht nur aus der Centrumspartei, sondern auch dem öffentlichen katholischen Leben überhaupt hinausgedrängt worden, während sich das zu politischen Zwecken großgezogene demokratische Element nicht nur in politischen und Wahlangelegenheiten, sondern auch vielfach in rein kirchlichen und disciplinären Fragen zum herrschenden aufwarf, auch die Geistlichen und nicht selten selbst die Bischöfe einzuschüchtern verstand. Hier drohte der Kirche selber, deren Grundpfeiler „Autorität und Gehorsam gegenüber der gesetzten Gewalt" lautet, die größte Gefahr. Und wie unmittelbar diese Gefahr war, davon mußten den Vertrauensmännern die Vorkommnisse überzeugen, die sich an die Veröffentlichung der neuesten päpstlichen Kundgebungen geknüpft haben. Wir haben uns eine katholische Anschauung über die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen herausgestellt. Es ist heute schon an der Zeit, die übersichtlichen Ziffern derselben mitzutheilen. Daß die dermalige Leitung der Centrumswahlkreise von den ihr ergebenen Katholiken den letzten Mann an die Urne zu bringen verstehe, ist bekannt. Nun müßten nach dem Verhältniß der Bevölkerung rund 40 Procent der abgegebenen Stimmen auf Centrumscandidaten gefallen sein, wenn centrisch und katholisch dasselbe wäre. In Wirklichkeit aber erhielten die Centrumscandidaten nur 22.5 Procent der Stimmen. Die fehlenden 17.5 Procent wollen also vom Centrum nichts mehr wissen. In Köln sind über 88 Procent der Bevölkerung Katholiken, trotzdem erhielt der Centrumscandidat im Jahre 1884 im ersten Wahlgang noch nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Sind die übrigen nun insgesammt schlechte Katholiken? Waldbaut-Schopfheim mit 84.5 Procent Katholiken wählte gegen den Centrums-Candidaten, derselbe that Kaufbeuren-Ueberlingen mit 93.6 Procent Katholiken. Diese Zahlen, auf die wir uns für jetzt beschränken wollen, sprechen es in unerschütterbarer Weise aus, daß man ein guter Katholik sein und die Wege, die das Centrum genommen hat, verurtheilen könne. Sonst stünde es ja um die katholische Kirche in Deutschland schlechter als irgendwo.

Der rheinische Adel hat sonach durch sein Vorgehen dem Vaterlande wie der Kirche einen großen Dienst erwiesen; er hat aber auch der Wiederkehr friedlicher Verhältnisse im gesellschaftlichen Leben, im persönlichen und häuslichen Verkehr den Weg geebnet. Es war ja allmälig vielfach so weit gekommen, daß man von Familie zu Familie die Begegnungen abbrach, wenn man auf ein geringeres Maß von Nationalität unter die jetzige Centrumsleitung fiel, als man es selber hatte, und mehr als nach der religiösen Gesinnung sah man nach dem Eifer in der Agitation für die Sache des Wahrsführers. Windthorst und Katholicismus sind aber noch lange nicht eins; das ist offenkundig geworden.

Wir vertrauen zu dem gesunden Sinn unserer katholischen Bevölkerung, daß sie sich zahlreich von der jetzigen Centrumsleitung abwenden und der katholischen Reichspartei oder, wie sie sich nennt, der katholisch-conservativen Partei beitreten wird. Daß das Vorgehen des rheinischen Adels in Westfalen und Schlesien, wie in Bayern und dem übrigen Süd- und Mitteldeutschland Nachahmung finden wird, daß sind wir gewiß; die Stimmung in den dortigen katholischen Kreisen ging längst mehr und mehr wider die demokratische Richtung, die das Centrum angenommen hatte. Das jetzt offen eingestandene centrisch-demokratische Bündniß muß auch dort die Dinge zur Reife bringen. Wir begrüßen das Ereigniß als glückverheißend für unser Vaterland und segensvoll für die Wiederherstellung eines christlichen religiösen Friedens.

Leipzig, 17. Februar 1887.

* In einer am Montag unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern von Boetticher, abgehaltenen Plenarsitzung genehmigte, wie schon telegraphisch erwähnt, der Bundesrath dem Antrage Preußens entsprechend die Anwendung der im § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 vorgesehenen Maßnahmen für die Städte Stettin, Grabow a. O. und Altdamm, sowie für die Amtsbezirke Brebow, Warsow, Scheune und Finkenwalde. Außerdem wurde in dieser Sitzung dem Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend die Gemeindeschaften, die Zustimmung ertheilt.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt offiziös:

Die „France" vom 13. d. M. bringt unter dem Titel „Der Friede" einen Leitartikel, in dem Frankreich als die harmlosesten, friedliebendste Nation Europas dargestellt wird, und der mit den Worten schließt, ganz Europa müsse wissen, daß Frankreich den Krieg heute nicht wolle, gestern nicht gewollt habe und morgen nicht wollen werde, und daß, falls derselbe dennoch ausbrechen sollte, die Verantwortlichkeit dafür einzig auf Deutschland zurückfallen werde.

Es gehört die ganze Dreistigkeit eines französischen Revanche-Blattes dazu, um es zu wagen, derartige Verdrehungen aufzutischen. Dasselbe Blatt, die „France", welche heute in der Art über den „Frieden" schreibt, brachte vor wenigen Monaten (am 17 October 1886) einen Artikel, „Der Krieg" überschrieben, der mit den Worten schloß: „Bevorzugt ist der Kämpfer, dem wir vertrauen, der Soldat, von dem wir erwarten, daß er das Schwert Frankreichs stähle. — Wann? — Vielleicht morgen; jedenfalls bei der ersten günstigen Gelegenheit! — Er ist kampfbereit, und so sind wir es; und je früher die Entscheidungsstunde schlägt, die Stunde, da Frankreichs Ruhm wieder erstehen und es sich seiner verlorenen Provinzen wieder bemächtigen wird — je freudiger werden wir diese Stunde begrüßen!"

Und dasselbe Blatt schrieb am 18 December über die „Vorbereitungen zum Kriege": „Graf Moltke hat gesagt, Deutschland werde Elsaß-Lothringen nimmermehr wieder herausgeben. Das haben wir auch gar nicht erwartet; aber da wir deutschsprechende, diese beiden Provinzen zurückzunehmen, die französisch geblieben sind und die nichts sehnlicher wünschen, als wieder in vollstem Umfange französisch zu werden, so sieht es nun unwiderruflich fest, daß der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland unvermeidlich geworden ist: ein Krieg, der heute oder morgen, sicherlich aber bei der ersten Gelegenheit zum Ausbruch kommen wird."

* Die telegraphisch gemeldete Mittheilung der Münchener „Neuesten Nachrichten" über die Jacobinischen Noten lautet im Wesentlichen:

„Es wurde bereits des Oefteren in diesen Blättern darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichung der bekannten Actenstücke des Cardinal-Staatssecretairs Jacobini auf Veranlassung Roms geschah. Heutzutage leugnet die ultramontane Presse diese Thatsache und beruft sich in dieser Beziehung auf ein römisches Blatt. Wir wiederholen es, die Veröffentlichung der Note Jacobini's geschah auf directen Befehl des Papstes und sollte dies noch weiter abgeleugnet werden, so führen wir hinzu, daß jetzt sogar die beiden in Frage kommenden Actenstücke von Seiten Roms amtlich sämmtlichen deutschen Erzbischöfen und Bischöfen mitgetheilt wurden, denn es ist der ausdrückliche Wille des Papstes, daß kein deutscher Katholik über die Stellungnahme des heiligen Stuhles in Zweifel gelassen werde. Ferdinand Freiherr zu Franckenstein hat des Oberhaupt der katholischen Kirche sehr schlecht verstanden, wenn er unter Berufung auf das Wörtchen „Vertraulich" das erste Actenstück den Centrumsmitgliedern vorenthielt, und daß er die Willensäußerung des Papstes seiner Fractionsgenossen verheimlichte, ist eine Thatsache. In Rom war man allerdings nicht darauf gefaßt, daß Centrum und darunter so viele Geistliche in dieser Weise gegen Papst und Kirche operiren zu lassen. Leo XIII. ist jedoch nicht der Mann, sich dies ohne Weiteres dieses zu lassen. Sollte das Centrum in seiner Opposition verharren, so steht ein neuer entscheidender Schritt des Papstes bevor, welcher zum Mindesten das imperative Mandat zu Fall bringen wird."

Ueber die Art, wie die kleine ultramontane Presse mit den beiden Jacobini'schen Schreiben umspringt, wird aus Hohenzollern geschrieben:

„Während der größte Theil der Centrumspresse viel Scharfsinn aufbietet, an der Note Jacobini's herumzudeuteln, um das Bedenkliche einer fortgesetzten Opposition gegen das Centrum im Widerspruch mit dem Willen des Papstes zu vertuschen, ist ein in Hechingen erscheinendes ultramontanes Organ, „Der Zollern", durch obbesagte Kundgebung auch nicht in die geringste Verlegenheit versetzt worden. Der „Zollern" berichtete seinen Lesern über den Inhalt der Note einfach nichts und schreibt nur, nach der Rede Windthorst's in Köln habe die Centrumspartei allen Grund, über die päpstliche Kundgebung zu jubeln, weil der heilige Vater erklärte, die Centrumspartei habe sich in hohem Grade verdient gemacht und sei jetzt und für die Zukunft nothwendig. Sodann spreche der Papst den wichtigen Grundsatz aus, daß in Fragen weltlicher Natur die Centrumsfraction wie jeder Katholik noch völlig freier Ueberzeugung stimmen kann."

* Der „Osservatore Romano", das officielle Organ des Vaticans, knüpft an die Veröffentlichung der ersten päpstlichen Septennatsnote vom 3. Januar eine Erörterung, durch welche aufs Bestimmteste bestätigt wird, daß die päpstliche Kundgebung zur Kenntniß der katholischen Mitglieder des Reichstages („questo communicato dei S. Padre ai membri cattolici del Reichstag") gebracht werden sollte und daß, weil dies von den Herren v. Franckenstein und Windthorst entgegen dem päpstlichen Willen unterlassen worden ist, die Lage des Centrums durch die Schuld seiner Führer eine Verschlechterung erfahren hat. Nach wie vor hält der Papst daran fest, daß die Katholiken für die Militärvorlage der verbündeten Regierungen eingetreten haben.

„Gewiß hat — so lautet die entscheidende Stelle in dem Artikel des päpstlichen Blattes — die zeitliche Veröffentlichung des ersten Schreibens die katholischen Abgeordneten in eine schwierigere Lage gebracht als diejenige, in welcher sie sich befunden hätten, wenn das Schreiben vertraulich geblieben wäre; denn während sie früher vor ihren Wählern nur die Zweckmäßigkeit ihrer Verhaltens zu rechtfertigen brauchten, sind sie jetzt gewissermaßen genöthigt, die Erörterung der Zulässigkeit (liceità) desselben zu gestatten."

Diesen klaren Ausführungen gegenüber steht die Sophistik der ultramontanen Hetzpresse gegenüber den päpstlichen Kundgebungen auf demselben sittlichen und katholischen Niveau wie die Unterschiebung der Jacobini'schen Note seitens der Herren von Franckenstein und Windthorst.

* Ueber die Aussicht der Centrumspartei in Bayern wird der „Kölnischen Zeitung" aus München geschrieben:

Noch vermag Niemand betreffs ganz Bayerns die Wirkung der beiden Papstbriefe vorauszusagen, schon aber beginnt sich im äußersten Osten und im äußersten Westen des Königreichs das über die voraussichtlichen Haltung des Centrums lagernde Dunkel ein wenig zu lichten. Seltsam, daß die beiden Strömungen innerhalb der Centrumspartei in geographisch scharf umgrenzten Gebieten hervortreten. Aus dem angeblich von mehr als 100 Geistlichen unterzeichneten Aufruf der Centrumspartei in Bayerisch-Schwaben scheint hervorzugehen, daß die Klerikalen in diesem ganzen Regierungsbezirk blos Septennatsgegner als Candidaten aufgestellt haben, während sich anderseits sämmtliche sieben Centrumscandidaten Niederbayerns, also desjenigen Regierungsbezirks, wo Bucher's geistiger Einfluß am stärksten wirkt, für die Polen der freien Hand erklärten. Wem es gelänge, die so sehr entgegengesetzten Elemente umschließende, aber von Windthorst in den Sattel des Vorsitzenden erhobene Partei aber wenigstens einen Theil derselben auf den Pfad der frohen Mitarbeit an den großen Zielen unseres Volkes zurückzuführen, dem könnte ganz Deutschland eine Vorbeerkrone weihen; die Geschichte würde mit Recht von ihm behaupten, daß er sich um sein Vaterland wohlverdient gemacht habe. Daß der Frhr. zu Franckenstein wieder durch geistige Begabung noch durch Charakterstärke zu dieser erlösenden Rolle berufen war, hat heute für Niemanden mehr zweifelhaft sein, obwohl Fürst Bismarck das thatsächlich eine Weile geglaubt zu haben scheint und erst durch diese seine Ueberschätzung des Forsterers so zu sagen in die Mode gebracht hat. Selbst Leute, die sich Franckenstein's Freunde nennen, wagen seine Verhalten in der vielbesprochenen Berheimlichungsfrage blos damit zu entschuldigen, daß der persönlich ehrenwerthe Mann in dieser Angelegenheit wie in so mancher andern blos eine Figur in der Hand des vorsichtigen Herrn und Meisters gewesen sei. Wer eine Zertrümmerung des Centrums wünscht, mag mit Franckenstein als Führer zufrieden sein, aber um die Partei zu jener Stellung zu führen, wie sie sogar der Papst wünscht, wie sie auch jeder Deutsche, der von Vaterlandsliebe beseelt ist, wünschen muß, dazu hätte Frhr. zu Franckenstein denn doch etwas selbstständiger und wohl auch etwas tactvoller auftreten müssen. Als eigentlicher oder wenigstens vorwiegender Beweggrund der Verheimlichung muß es gelten, daß, wenn man den ersten Papstbrief der Partei mitgetheilt hätte, ihre Einigkeit in die Brüche gegangen wäre. Das ist ja aber jetzt blos aufgeschoben, nicht aufgehoben.

* Die deutsch-freisinnige Wahlagitation scheint nicht überall im Lande nach Wunsch des fortschrittlichen Generalgewaltigen betrieben zu werden, denn die „Freisinnige Zeitung" veröffentlicht folgende amüsante ukasartige Instruction, „wonach sich zu achten":

1) Die Wahlversammlungen müssen pünctlich zur angesetzten Zeit beginnen.

2) Es ist von vornherein für ausreichende Ventilation zu sorgen. Gasflammen sind in nächster Nähe des Redners nicht anzubringen. Es wird geboten, das Tabakrauchen zu unterlassen. Die Candidaten und auswärtigen Redner sind in der Lage, jetzt sich täglich sprechen zu müssen. Eine mit Tabakdampf gesättigte Atmosphäre wirkt auch noch für den folgenden Tag nachtheilig auf das Organ des Redners.

3) Der Ort, wo der Redner spricht, muß von allen Seiten sichtbar sein. In einer Versammlung ist kürzlich die Rednerbühne derart mit Gardinchen umstellt gewesen, daß der Redner nur der Hälfte der Versammlung sichtbar war.

4) Es ist rechtzeitig und nicht erst unmittelbar bei Beginn der Versammlung für eine Erfrischung des Redners während des Vortrages Sorge zu tragen.

5) In den Einleitungsworten hat sich der Vorsitzende kurz zu fassen und im Wesentlichen auf eine persönliche Vorstellung des Redners sich zu beschränken. Es ist nicht Aufgabe des Vorsitzenden, in den Einleitungsworten dem Redner gewissermaßen den Kern seiner Ausführungen vorweg zu nehmen.

6) Nach der Versammlung hat sich ein bestimmtes Comitémitglied ausschließlich der persönlichen Fürsorge für den Candidaten oder auswärtigen Redner zu widmen, insbesondere auch zu sorgen, daß dessen Bestellungen in dem Gedränge der Wirthslocale alsbald ausgeführt werden, und daß der Redner rechtzeitig zur Eisenbahn gelangt.

7) Wenn für den Redner zur Rückfahrt ein Fuhrwerk bestellt ist, so ist es besser, daß das Fuhrwerk auf den Redner, als daß der Redner auf das Fuhrwerk wartet.

* * *

* Graf Salaing, Secretair der belgischen Gesandtschaft in Berlin, hat sich im Auftrage seiner Regierung nach dem Haag begeben. Seine Sendung wird von mehreren belgischen Blättern mit den Verhandlungen, betreffend den Abschluß einer belgisch-holländischen Defensiv-Allianz, in Verbindung gebracht.

* Ueber Symptome der republikanischen Bewegung in Spanien meldet der Pariser Correspondent der „Nationalzeitung":

Paris, 14. Februar. Zorrilla betreibt jetzt hier sein Vertrauensmannschaft um so sicherer ganz angestellt, als der spanische Botschafter Alnaeda anscheinend vollständig darauf verzichtet hat, von der französischen Regierung zu erreichen, daß sie gegenüber den spanischen Verschwörern auch nur einigermaßen die gewöhnlichen internationalen Beziehungen erfülle. Zorrilla hat in den letzten Tagen die Delegirten der kürzlich in Madrid gehaltenen republikanischen Versammlung empfangen, welche ihm ihre Anerkennung als dem Chef der republikanischen Partei überbrachte. Außerdem erhielt er, wie er einem Berichterstatter mittheilte, telegraphisch die Zustimmung der Führer der Föderalisten, welche sich seit dem Tode ihres Chefs Figueras still verhalten hatten, sowie zahllose Zustimmungsadressen und Telegramme aus allen Theilen Spaniens, was, falls Zorrilla nicht übertrieben haben sollte, gerade ausgedrückt, eine eigenthümliche Taktlosigkeit der spanischen Telegraphenverwaltung bemerken würde. Zorrilla hat den ihn befragenden Berichterstattern erklärt, daß er die mit den Delegirten getroffenen Abmachungen natürlich nicht mitheilen könnte, daß er diesen vielmehr nur zu sagen vermöchte, die Vereinbarung wäre von der größten Tragweite. Hiernach dürfte man Zorrilla bald wieder am Werke sehen.

* Nach einer Meldung des „Standard" aus Shanghai ist ein schon lange dauernder Streit zwischen China und Japan, der dadurch entstanden war, daß Mannschaften eines chinesischen Kriegsschiffes wegen angebeblichen Benehmens in Nagasaki von der japanischen Polizei arg mißhandelt worden waren, dadurch beigelegt worden, daß Japan sich zur Zahlung einer Entschädigungssumme an China bereit erklärt hat.

* Der Senat der Vereinigten Staaten hat die sogenannte Postal Appropriation Bill mit einem Amendement, welches für die Beförderung der Post nach Südamerika mit amerikanischen Dampfern eine Subvention von 500,000 Dollars aussetzt, angenommen. Der bekannte Senator Morgan aus Alabama hatte noch ein weiteres Amendement gestellt, wonach die zu verwendenden Dampfer im Besitze von Amerikanern und von amerikanischen Officieren befehligt werden sollten, aber nicht in den Vereinigten Staaten gebaut zu sein brauchten, und motivirte dies damit, daß die Südstaaten keine Schiffsbauereien, wohl aber Unternehmungsgeist und Capital genug hätten, um im Auslande Schiffe zu kaufen. Das Amendement wurde indeß mit 31 gegen 19 Stimmen abgelehnt.